Noch in dieser Ausgabe:

Aktive Eltern	S. 4	Die neue LINKE Teil 4	S. 10
Palästina Jugendclub	S . 5	Weddinger Blutmai	S. 12
Schülerstreik	S. 6	1. Berliner Sozialforum	S. 14
Die Mogelpackung der SPD	S . 7	Soldiner Kiez	S. 16
Vertragsfreiheit	S . 9	Kino am Ufer	S . 18

uff'n wedding

Kiezzeitung vom LinksTreff

Betrachtungen zum G8-Gipfel von Werner Schulten

Die Erde gehört allen Menschen

Von 6. bis 8. Juni 2007 treffen sich in Heiligendamm die Regierungen der mächtigsten Industrienationen: Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, USA und Russland. Zusammen bilden sie die G8 – eine **Weltregierung** der neoliberalen Globalisierung, **von niemandem gewählt**.

Die weltweiten Auswirkungen der Absprachen der G8 sind Hunger, Sozialabbau, Ausgrenzung und Umweltzerstörung.

Weltwirtschaftsgipfel dienen der globalen Koordination und der Machtaufteilung. Damit stabilisieren sie die neoliberale Weltwirtschaftsordnung mit ihren immer schlimmeren Folgen für die Mehrheit der Menschen. Eine elitäre Minderheit eignet sich dabei den Reichtum an, den Milliarden Menschen produzieren.



Karikatur: ND / Hachfeld

Aber freier Welthandel ist doch begrüßenswert, mag man einwenden.

Sofern der Markt ein wirklich freier und gerechter unter fairen Bedingungen auch für die Schwächeren wäre und nicht ein von der selbsternannten Weltregierung als Vertreter des Kapitals gesteuerter.

Ein Beispiel hierfür: Der am stärksten unter den imperialen Ambitionen der G8 leidende Kontinent Afrika ist kaum noch in der Lage, sich selbst zu ernähren, weil seine landwirtschaftlichen Strukturen in den letzten Jahrzehnten völlig zerstört wurden Nicht etwa nur durch mit Waffen

aus den Industrienationen geführte Kriege und Bürgerkriege, sondern durch massive Subventionierung der exportierten landwirtschaftlichen Produkte in den reichen Ländern, vor allem in den USA. Als Folge mussten immer mehr Landwirte in Afrika aufgeben, weil sie ihre Erzeugnisse nicht mehr kostendeckend verkaufen konnten. Überleben konnten nur Betriebe, die sich in die Abhängigkeit multinationaler Konzerne begaben, indem sie deren genmanipuliertes und patentiertes Saatqut abnahmen.

Der Reichtum vieler afrikanischer Länder besteht in ihren Bodenschätzen. Diese werden jedoch ebenfalls von Konzernen der G8 ohne Beteiligung der dort lebenden Bevölkerung gefördert und verwertet, sieht man einmal von den Hungerlöhnen für Arbeiten unter menschenunwürdigen Bedingungen ab.

Das Vermögen der Privathaushalte ist nach einer UN-Studie weltweit sehr unterschiedlich verteilt: Das reichste eine Prozent der Weltbevölkerung besitzt demnach 40 Prozent des Geld- und Immobilien-Vermögens. Den reichsten 10 Prozent gehören 85 Prozent. Die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung muss dagegen mit nur einem Prozent des Besitzes auskommen.

"Der Reichtum konzentriert sich sehr auf Nordamerika, Europa und reiche Staaten des Asien-Pazifik-Raums", heißt es darin. Der Direktor des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Universität der Vereinten Nationen mit Sitz in Helsinki, Anthony Shorrocks, verglich die weltweite Verteilung des Vermögens mit einer Gruppe von zehn Menschen, in denen ein einziger 99 US-Dollar zur Verfügung hat und die anderen neun sich den restlichen Dollar teilen muss.

Aber schließlich zahlen doch die Industrienationen erhebliche Entwicklungsgelder an die unterentwickelten Länder und entschulden die Ärmsten sogar.

Dieser weit verbreitete Irrtum wird deutlich, wenn man sich alle Transferleistungen in beide Richtungen ansieht. Dann muss man nämlich überraschenderweise feststellen, dass die armen Staaten den reichen mehr Geld bezahlen (Kreditrückzahlungen und Zinsen) als sie in Form von Krediten und Entwicklungshilfe von diesen erhalten. Die unterentwickelten Länder sind also quasi die Nettozahler.

Der Nettokapitaltransfer durch Umschuldungen und hohe Zinsen betrug allein 1988 37.6 Mrd. Dollar, allerdings in Richtung der Industriestaaten. Nicht berücksichtigt sind dabei trotzdem steigende Schulden.13 Die Zins- und Tilgungsrückzahlungen an die Bundesregierung (Kredite, Bürgschaften) betrugen für die Länder des Südens von 1982-91 200 Mrd. DM.14 Hinzu kommen Schulden bei Banken, Unternehmen inc. Zinsrückzahlungen. Die Gesamtschuldenhöhe steigt weiter an.

Boris, Dieter u.a., Hrsg., Info-Brief "Weltwirtschaft & Entwicklung" 10/92, Bonn

Aber die (neo)liberale Globalisierung kommt doch zumindest den Industrienationen zugute.

Den Wirtschaften dieser Länder, aber nicht den Menschen, zumindest einem großen Teil nicht. Die weltweite Neoliberalisierung hat zur Folge, dass alle Entscheidungen nicht mehr unter gesellschaftlichen Aspekten, sondern ausschließlich renditeorientiert getroffen werden. Als Folge sind auch bei uns nicht nur sinkende Löhne bei steigender Arbeitszeit und Abbau von Arbeitnehmerrechten, sondern auch immer stärkere Tendenzen feststellbar zur Privatisierung in allen Berei-

chen, auch denen der Bildung und des Gesundheitswesens. An dieser Stelle seien nur Patientengebühren, Arzneimittelzuzahlung, Einschränkung von Kassenleistungen, Wegfall der Lernmittelfreiheit und Einführung von Studiengebühren genannt.

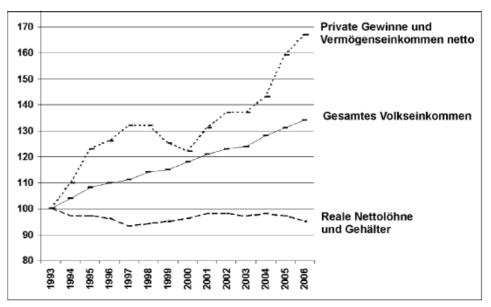
All dies führt in Verbindung mit einem gigantischen Steuerumbau zugunsten der Vermögenden und Höchstverdienenden zu einer immer stärker ausgeprägten Zweiklassengesellschaft.

Ein Ziel des Gipfels ist nach Angabe der Bundesregierung das Bekenntnis zur Investitionsfreiheit. Das heißt weitere Öffnung des Marktes und Privatisierung öffentlichen Eigentums. Merkel und Müntefering setzen auf Bundesebene mit der Agenda 2010 die Politik der G8 um.

Das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit hat sich im Zuge der Globalisierung dramatisch zugunsten des Kapitals verschoben. Globale Finanzmärkte und grenzüberschreitend agierende Unternehmen verfügen inzwischen über ein gigantisches Erpressungspotential gegenüber Nationalstaaten (Steuer- und Umweltdumping, Deregulierung der Arbeitsmärkte).

Imperiale Machtstrategien und Kriege, Raubbau an der Natur und ein immer bedrohlicher werdender Klimawandel müssen massiv bekämpft werden. Die Erde gehört allen Menschen und nicht einer Handvoll Konzernen, die weltweit agieren; ausschließlich getrieben von Profitgier. Ohne Rücksicht auf Menschen und Umwelt! Entgegen seiner Verheißungen treibt der globale Kapitalismus die Menschheit in die Existenzkrise. Ohne Frieden ist alles nichts. Und ohne Antwort auf die drohende Klimakatastrophe ist alles nichts.

Auch eine Folge der G8 Politik Die Einkommensentwicklung seit 1993 in Deutschland



seite 4 uff 'n wedding

Interkulturelle Ausrichtung

Aktive Eltern – der Schlüssel zur schulischen Integration

Der Fall Rütlischule, schlechte Pisaergebnisse und die hohe Abgangsquote ohne Schulabschluss bei Migrantenkindern haben in den letzten Jahren für negative Schlagzeilen gesorgt.

Immer noch werden vor allem die MigrantInnen für die verfehlte schulische Integration verantwortlich gemacht. Mangelndes Interesse und fehlende Kooperationsbereitschaft der Eltern sind die Hauptargumente, um die Misere an den Berliner Schulen zu erklären. Die Eltern gelten als unmündige, bildungsferne Wesen, die nicht in der Lage sind, die essentielle Bedeutung schulischer Bildung zu erfassen und sie sogar blokkieren.

Aber auch insbesondere das neoliberale Lager (CDU, FDP und zu großen Teilen selbst aus der SPD) hat in der Bildungspolitik versagt und kein Interesse an Veränderungen gezeigt.

Selten wurde der Versuch unternommen, die Eltern in schulische Abläufe einzubeziehen und sie als gleichberechtigte Partner zu betrachten. Aus diesem Grund waren fast alle bisherigen Bemühungen schulischer Integration zum Scheitern verurteilt.

Das dreigliedrige Schulsystem und die nicht zeitgemäße Lehrerausbildung tun ihr Übriges, um Generationen von Migrantenkindern gleiche Bildungschancen vorzuenthalten.

Der von der PDS-Senatorin Heidi Knake-Werner bestellte Integrationsbeauftragte, Günter Piening, hat sich dieses Problems angenommen und in Zusammenarbeit mit dem Türkischen Elternverein das Projekt "Veli Aktif" (dt.: Aktive Eltern) ins Leben gerufen. Ziel des Projektes ist es, die Eltern verstärkt als wichtige Partner der Schulen zu nutzen und somit zu einem besseren Verständnis zwischen Schule und Elternhaus beizutragen. Der Türkische Elternverein soll als Bindeglied dienen und erhält vom Senat jährlich 110.000 Euro Förderung.

Pilotprojekte laufen zurzeit an drei Berliner Schulen, u. a. an der Ernst-Schering-Oberschule, einer Gesamtschule im Wedding (Lüderitzstr.) Zwischen dem Türkischen Elternverein und der Schule wurde ein Kooperationsvertrag geschlossen, der beide Parteien zur Zusammenarbeit verpflichtet. Ziel dieses Vertrages ist es, Beratungs-, Informationsund Vermittlungsgespräche für Eltern und LehrerInnen anzubieten. dadurch Kommunikationsschwierigkeiten abzubauen und zur Konfliktlösung beizutragen. Des weiteren sollen beide Seiten an der Entwicklung eines interkulturellen Schulprofils mitarbeiten. Wert wird vor allem darauf gelegt, dass die Eltern ihre Ideen und Kompetenzen einbringen, um ein realitätstaugliches Schulkonzept zu entwickeln. Als erste konkrete Projekte sind Sprechstunden für türkische Eltern, mehrsprachige Elternabende und Nachhilfeunterricht geplant

(Kooperationsvertrag s. www.eso.cidsnet.de/ kooptev.de).

Für uns ist dieses Projekt ein wichtiger Schritt, den Dialog zwischen Schule und Eltern der Migrantenkinder zu fördern und Ängste auf beiden Seiten abzubauen.

Die Einführung von Sanktionen würde die Fronten nur verhärten und jede gleichberechtigte Annäherung verhindern. Integration kann nur durch Akzeptanz und gegenseitigen Austausch erreicht werden, nicht mit Rasenmähermethoden. Die Eltern haben dabei eine Schlüsselfunktion, denn nur durch Kooperation mit den Eltern ist es möglich, integrationsfördernde Projekte erfolgreich

durchzuführen.

Dazu braucht es viel Fingerspitzengefühl, da frühere Defizite ausgeglichen, Vorurteile abgebaut und ein Vertrauensverhältnis hergestellt werden muss.

Wir hoffen, dass sich diese Initiative in der Pilotphase bewährt und auf weitere Schulen ausgedehnt werden kann mit dem Ziel, ein Schulprofil mit interkultureller Ausrichtung zu erarbeiten, das Bildung und Chancengleichheit für alle ermöglicht, unabhängig von ihrer sozialen und ethnischen Herkunft.

Gabi und Arslan Yilmaz

Palästina Jugendclub in der Prinz-Eugen-Straße

von Bernhard Tornow

Ein Ort für Freizeit- und Zukunftsgestaltung für Kinder im Kiez

Seit 1997, also fast zehn Jahre, ist der Palästina-Jugendclub in der Prinz-Eugen-Straße zu finden. Er wurde von palästinensischen Flüchtlingseltern zunächst als ein Freizeitclub gegründet, insbesondere als Fußballclub für die Jungen. Bereits ein Jahr nach der Gründung wurde daraus eine allgemeine Freizeitbegegnungsstätte für die eigenen Kinder zwischen zehn und sechzehn Jahren, unabhängig von deren Geschlecht.



Die Ansiedlung im Kiez, aber auch der eigene Anspruch, ermöglichte von Anbeginn allen Kindern und heranwachsenden Jugendlichen, unabhängig von ihrer Herkunft, den Zugang zum Palästina Club. Ist doch logisch, dass die Kinder auch ihre Mitschüler zum Verweilen und Mitmachen einluden. Freundschaften, die sich in der Schule ausprägen, sollen auch die Freizeit der Kinder und Jugendlichen bereichern.

Ebenso klar ist das Anliegen, durch Nachhilfeunterricht - teilweise mit individueller Betreuung - die schulischen Leistungen zu verbessern, insbesondere für Kinder von 10 bis 14 Jahren. Dies hat dazu beigetragen, dass einige Kinder in kurzer Zeit ihre Zensuren um eine oder gar zwei Noten verbessern konnten. Der Stolz über diese Erfolge ist Michael Kleinschmidt, der seit über zwei Jahren den Nachhilfeunterricht aktiv unterstützt, anzumerken.

Diab El-Issa, einer der verantwortlichen Leiter, berichtet von der erfolgreichen Kooperation mit "Karame e.V.", einem Partnerverein aus Moabit, mit dessen Hilfe 2006 ein Theaterfest von den Kindern und Jugendlichen einstudiert und aufgeführt wurde. Finanzielle Mittel des QM Pankstraße ermöglichten dem

seite 6 uff'n wedding

Verein ein Sommerfest durchzuführen. Für die Kinder und Jugendlichen organisierte der Verein in den Ferien Kino-, Zoo-, Museums- und Badbesuche. Gemeinsame Erlebnisse, die den Kindern nicht so oft von den Familien finanziert werden können.

Unterstützung für ein islamisches Fest erhielt der Verein auch von der Baptistenkirche und Baptistengemeinde in Berlin, hebt Diab hervor. Daraus kann sich eine dauerhafte Kooperation mit der Baptistengemeinde entwickeln. Der Palästina Jugendclub hat sich für die Kinder zu einer "Heimat" im Kiez ausgeprägt und genießt das Vertrauen der Eltern. Denn auch die Mädchen können hier ihre Freizeit mit ihren Freundinnen außerhalb der Familie gemeinsam gestalten.

Michael Kleinschmidt fasst sein persönliches Engagement so zusammen: Den Kindern der Flüchtlinge, der aus ihrer Heimat vertriebenen Menschen, helfen für ihre Zukunft.

Schülerstreik gegen Bildungsblockade

Unter dem Motto "Bildung für alle" boykottierten am 24.4.07 ab 11 Uhr mehr als 5000 Jugendliche in Berlin den Unterricht und demonstrierten lautstark mit zahlreichen Transparenten durch die Berliner Innenstadt.

Die SchülerInnen richteten folgende Forderungen an den Senat:

- Wiederherstellung der Lernmittelfreiheit
- Abschaffung des 3-gliedrigen Schulsystems
- Höherer Bildungsetat
- Kleinere Klassen
- Keine Schulschließungen
- Selbstbestimmtes Lernen

Ihrer Meinung nach sei es an der Zeit, die Stimme zu erheben, weil immer mehr an der Bildung gespart werde, Klassen immer größer würden, die Rahmenlehrpläne keine Platz für selbstständiges Denken böten und Bildung zur Ware verkommen sei.

Auf der Kundgebung forderte eine Sprecherin des DGB Berlin "Bildung für alle". Es sei notwendig, die Öffentlichkeit dafür zu mobilisieren. Unternehmen, insbesondere DAX-Unternehmen ginge es gut, aber die Ausbildungsplätze würden dort am stärksten reduziert. Fachkräfte würden wo anders gesucht, aber in die SchülerInnen würde nicht investiert. "Ihr seid die Fachkräfte von Morgen." rief sie den Jugendlichen zu.



Im Anschluss an die Kundgebung spielte der Rapper Prinz Pi und die Skaband Ginsengbonbons vor dem Roten Rathaus.

Arslan Yilmaz

Vorsicht Mogelpackung

Am 1. Mai des vergangenen Jahres starteten Linkspartei und WASG gemeinsam mit der Bundestagsfraktion ihre Kampagne für einen gesetzlichen Mindestlohn. Bis in den späten Herbst hinein war die Linke gemeinsam mit ver di und NGG auf den Straßen, um die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes zu fordern. Heute, nur ein Jahr später, sind mehr als zwei Drittel der Bevölkerung für einen gesetzlichen Mindestlohn und für die Große Koalition ist das Thema zu einem großen Problem geworden. Die Union will ihn nicht, die SPD auch nicht so recht, müht sich aber kräftig, um den Anschein zu erwecken, dass auch sie etwas gegen Armutslöhne tun will. Das ist ein beachtliches Ergebnis für eine außerparlamentarische Bewegung.

Mit dem 1. Mai diesen Jahres wird die Kampagne wieder auf die Straßen getragen, gemeinsam von den Gewerkschaften und der Linken. Und das unabhängig von der SPD, die sich erst jetzt mit einer eigenen Unterschriftenaktion mutig hinter den längst abgefahrenen Zug geworfen hat. Denn ihre Aktion "Lohndumping verbieten" geht zwar in die richtige Richtung, steuert aber das falsche Ziel an. Das wird bereits daran deutlich, dass sie sich in ihrer Werbung nicht für einen, sondern für viele Mindestlöhne ausspricht. Ein kaum bemerkbarer, aber gravierender Unterschied. Die SPD möchte lediglich die bereits existierenden Mindestlöhne - das sind nämlich die Tariflöhne - in bestimmten Branchen ausweiten und zur untersten Grenze erklären. Auch das ist nicht neu, denn schon heute können Tarifverträge durch Allgemeinverbindlichkeitserklärung oder die Anwendung des Entsendegesetzes auf sämtliche

Betriebe einer Branche angewendet werden. Die Sache hat nur einen entscheidenden Haken. Voraussetzung ist erstens, dass überhaupt ein Tarifvertrag besteht, dass er bundesweit gilt und die meisten Arbeitgeber an den Tarif gebunden sind. Zweitens aber müssen die Arbeitgeber natürlich dem Mindestlohn zustimmen.

Unabhängig davon, dass die SPD mit ihrem Vorschlag eine Mogelpackung anbietet, gibt es mit diesem Angebot zwei weitere Probleme. Erstens bleiben damit die vielen tariffreien. Zonen ausgespart, wo die meisten Armutslöhne gezahlt werden, und zweitens gibt es mehr als 130 Tarifverträge mit Stundenlöhnen unter 5 Euro. Dementsprechend geistern durch die SPD auch Lohnvorstellungen, die weit unter dem Existenzminimum liegen und bestenfalls an Hartz IV heranreichen. Deshalb muss die Kampagne für einen gesetzlichen, wirklich existenzsichernden Mindestlohn verstärkt fortgeführt werden. Aber sie muss vor allem auch verstärkt argumentieren, damit die heiße Luft der sozialdemokratischen Mogelpackung spürbar wird.

> Harald Werner, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Linkspartei.



seite 8 uff'n wedding

Es herrscht Vertragsfreiheit!

Pacta sunt servanda?

Für alle "NichtlateinerInnen": "Verträge sind einzuhalten". Es handelt sich um den wichtigsten Grundsatz des öffentlichen ebenso wie des privaten Vertragsrechts. Dabei sind grundsätzlich auch formlos (z. B. mündlich) geschlossene Verträge bindend.

Das sieht das Jobcenter Berlin Mitte anders. Das JobCenter teilt mit:

"In der Bundesrepublik Deutschland herrscht Vertragsfreiheit, d. h. vielleicht ist es branchenüblich, Volontariatsverträge für einen so langen Zeitraum von 6 Monaten auszustellen, es gibt hierfür jedoch keine Gesetzesgrundlage."??? Wie bitte? Es gibt keine Gesetzesgrundlage für den Abschluss eines Volontariatsvertrages?

"Branchenüblich" sind Verträge zwischen 12 und 24 Monaten, je nach Eignung und Vorbildung. Der Tarifvertrag über das Redaktionsvolontariat an Zeitschriften sieht z. B. eine Ausbildungsdauer von 2 Jahren vor, die bei besonderer Eignung auf nicht weniger als 15 Monate verkürzt werden darf. Doch das ist im Jobcenter nicht bekannt - das möchte man auch gar nicht wissen.



Doch gehen wir zurück zum Anfang der Geschichte:

Es begab sich aber zu der Zeit im Jahr 2007, dass ein Mitarbeiter des Jobcenters Berlin Mitte dem Anliegen von Josef K., eines uns namentlich bekannten Arbeitslosen, ein Volontariat mit der Dauer von sechs Monaten absolvieren zu dürfen, recht wohlwollend gegenüber stand, zumal nach Absolvierung des Volontariats eine feste Anstellung in Aussicht gestellt wurde. Trotz aller Skepsis, die solchen Aussagen gegenüber stets angebracht ist, hatte K. durchaus den Eindruck, es sei mit dieser Festanstellung ernst gemeint und ein Ende der Arbeitslosigkeit in Sicht.

Doch da hatte jemand die Rechnung ohne das Jobcenter gemacht:

Nachdem alles geklärt schien (lediglich der unterschriebene Vertrag sollte noch beigebracht werden...) begab sich K. frohen Mutes mit eben diesem unterschriebenen Vertrag in das Jobcenter. Nach etwa zweistündiger Warterei kam es, wie es kommen musste: Was interessiert das Jobcenter das Geschwätz von gestern, heute ist heute und der Sachbearbeiter eine andere. Nein, so ein Vertrag wird nicht akzeptiert (pacta sunt servanda?), sechs Monate für ein Volontariat sind zu lang und die Vergütung zu gering. ???

Tja, in Deutschland herrscht zwar Vertragsfreiheit, aber für diesen Vertrag gibt es keine gesetzliche Grundlage...

"Ich gebe Ihnen die Chance bis zum ... einen neuen Vertrag vorzulegen... Na klar, "Chef, ich will mehr Geld!!!"

Das Arbeitsamt kennt nur "Maßnahmen". K. ist jetzt in einer solchen. Beim gleichen Arbeitgeber - ohne Volontariat. vier Wochen zur Eignungsfeststellung und 8 Wochen zur Kenntnisvermitttlung. Das soll die Chancen der Eingliederung in den Arbeitsmarkt erhöhen.

Vergütung gibt es keine, nur die Fahrtkosten (Sozialticket) werden erstattet. Dafür prüft das Arbeitsamt "in welche berufliche Tätigkeit Sie vermittelt werden können".

Ja, woher soll eine Arbeitsvermittlerin das auch wissen – bei diesen ganzen Fremdwörtern - "Volontariat"? Wat is'n det???



Und nach jahrelanger Erwerbsarbeit muss auch erst mal ermittelt werden, ob überhaupt Arbeitsfähigkeit besteht. Und die Arbeitsbereitschaft muss überprüft werden. Ein Volontariat machen zu wollen, ist doch wohl ein Anzeichen für hochgradige Drückebergerei, oder? Da will wohl jemand gar nicht arbeiten? Na, dem kann abgeholfen werden – durch eine "Maßnahme".

"Die Dienstverpflichtung von Menschen, vornehmlich aus "den niederen Klassen", zu einer Beschäftigung ist eine weit aus der Vergangenheit in die Gegenwart überkommene Konstruktion der jeweils Herrschenden. "Arbeitspflicht" als ihr Instrument ist – bei allen Schwankungen in ihrem Gebrauch – historisch nie wirklich unterbrochen gewesen." (aus "Studie 'Der 'workfare state' - Hausarbeit im öffentlichen Raum?'", Irina Vellay, Dortmund 2006.¹)

Brian E. Janßen

1 http://www.stiftung-w.de/

Noch in diesem Jahr vereinigen sich Linkspartei.PDS und WASG zur neuen Partei *DIE LINKE*.

Eine historische Chance für alle linken demokratischen Kräfte, gemeinsam für eine gerechte, den Menschen in den Mittelpunkt stellende Gesellschaft zu kämpfen. Für welche Werte die neue Partei steht und welche Ziele sie verfolgt, stellen wir seit der Februarausgabe vor mit Auszügen aus den programmatischen Gründungsdokumenten.

Gemeinsam wollen wir eine Partei, wie es sie in Deutschland noch nicht gab. Linke einigend, demokratisch und sozial, ökologisch, feministisch und antipatriarchalisch, offen und plural, streitbar und tolerant, antirassistisch und antifaschistisch, eine konsequente Friedenspolitik verfolgend.

Wir sind Teil der Europäischen Linken, der sozialen und Friedensbewegungen.

Arbeit: Selbstbestimmt und solidarisch, statt abhängig und in Konkurrenz

Erwerbsarbeit steht heute mehr denn je in einem Spannungsverhältnis zwischen Streben nach Selbstverwirklichung auf der einen und Ausbeutung und Unsicherheit auf der anderen Seite. Gleichzeitig breiten sich soziale Unsicherheit, Massenarbeitslosigkeit, niedrige Löhne, extreme Abhängigkeit und erzwungene Unterordnung aus.

Wir streben eine Gesellschaft an, in der jede Frau und jeder Mann eine existenzsichernde



Arbeit ausüben kann. Erwerbsarbeit, Arbeit in Familien und Partnerschaften, Arbeit zur Mitgestaltung der Gesellschaft sowie die Teilnahme am kulturellen und sozialen Leben muss allen Menschen möglich sein.

Um dieses Ziel einer Neuorganisation gesellschaftlicher Lebenschancen und Arbeit zu erreichen, setzen wir uns ein für die Zurückdrängung der Macht der Finanzmärkte, für eine deutliche Verringerung der Einkommens- und Vermögens-

unterschiede, für die öffentliche Verantwortung für alle Felder der Daseinsvorsorge.

Für die Lohnarbeit heißt dies:

- * Arbeitszeitverkürzung: Wir wenden uns gegen die Verlängerung von Arbeitszeiten und fordern vielmehr ihre Verkürzung als Grundlage einer neuen Verteilung von Erwerbsarbeit. Aufgrund der steigenden Produktivität der Arbeit kann dies erreicht werden, ohne dass die Einkommen sinken
- * neue Arbeitsplätze durch ökologischen und sozialen Umbau, darauf konzentrierte öffentliche Zukunftsinvestitionsprogramme und Förderung technologischer Innovationen im Bereich Ressourceneffizienz, den bedarfsgerechten Ausbau öffentlicher Dienstleistungen.
- * öffentlich geförderte und gestaltete Beschäftigungssektoren mit genossenschaftlichen Elementen, die jene sozialen, kulturellen und ökologischen Bedürfnisse befriedigen, die weder der Markt noch der öf-

fentliche Dienst abdecken.

- * eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die sich auf diejenigen konzentriert, die besonders schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Wir wollen, dass ihnen durch Konzentration öffentlicher Finanzmittel und durch ihre Kombination mit anderen Fonds reguläre, versicherungspflichtige, tariflich bezahlte Arbeitsplätze angeboten werden.
- *eine Nutzung der Produktivitätsgewinne für höhere Reallöhne und Arbeitszeitverkürzung.
- * einen gesetzlichen Mindestlohn in existenzsichernder Höhe.
- * die Durchsetzung eines neuen Normalarbeitsverhältnisses auf der Basis der vollen sozialen Absicherung aller Beschäftigungsverhältnisse und der Humanisierung der Arbeit, der Tarifautonomie und der Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge, eines hohen Kündigungsschutzes und starker Mitbestimmungsrechte aller Beschäftigten sowie der

Angleichung der Löhne von Frauen an die der Männer.

- * gesetzliche Regelungen gegen den zunehmenden Missbrauch von Praktika.
- * Gültigkeit der inländischen Sozialstandards für alle hier Arbeitenden durch Ausdehnung des Entsendegesetzes auf alle Branchen und eine grundlegende Reform der europäischen Dienstleistungsrichtlinie, um alle Formen von Dumpingkonkurrenz zu verhindern.
- * Vergabe öffentlicher Aufträge an solche Unternehmen, die hohe soziale und ökologische Standards im Inland einhalten und eine Verbesserung dieser Standards im globalen Rahmen unterstützen.

Um diese Ziele durchsetzen zu können, wollen wir die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften weiter ausbauen. Aktionen der Gewerkschaften zum Erhalt von Arbeitsplätzen, Tarifverträgen und sozialen Rechten unterstützen wir solidarisch.



seite 12 uff'n wedding

Dichtung und Wahrheit

Weddinger Blutmai

Berlin war 1929 die einzige deutsche Stadt, in der die Maidemonstration verboten war – und nur in Berlin ist Blut geflossen. Die schreckliche Bilanz: 32 getötete Zivilpersonen vom 1. bis 3. Mai. Die Anzahl der verletzten Zivilisten ist nicht bekannt, da nur 17 von 161 Revieren eine namentliche Liste der ihnen bekannten Mai-Verletzten weitergab. Dies waren ca. 200 namentlich bekannte, so dass man von rund 2.000 Verletzten ausgehen muss.

Amtlich registrierte Opfer auf Seiten der Polizei: 0 getötete Beamte, 0 durch Schuss verletzte Beamte, 2 ins Krankenhaus überwiesene Beamte, 13 als verletzt anerkannte Beamte. Hiervon fast alle als "hauskrank" eingestuft mit den Verletzungsangaben von "leicht durch Faustschlag im Gesicht verletzt" über "beim Laufen gefallen" oder "rechtes Handgelenk verstaucht" bis "durch Bierseidelwurf leicht am Kopf verletzt".

In der Öffentlichkeit wurden die Vorgänge

gezielt verfälscht, wie Recherchen in den weitgehend noch vorhandenen Polizei- und Gerichtsunterlagen ergeben.

So wurde der rücksichtslose Polizeieinsatz unter dem vom preußischen Innenminister Albert Grzesinski gedeckten Polizeipräsidenten Karl Zörgiebel (beide SPD) u. A. mit dem Vorhandensein zahlreicher Dachschützen begründet.

So berichtete der sozialdemokratische "Vorwärts" am 3.Mai: "Ein Leutnant der Schutzpolizei war über eine Stunde in einem Haus eingeschlossen. Bei jedem Versuch, das Haus zu verlassen, schlug den Beamten von den umliegenden Dächern ein prasselndes Feuer entgegen. Durch einen Zufall hatte die Polizei trotz Geschosshagels keine Verletzten, doch sind 14 Karabiner dadurch unbrauchbar geworden, dass sie in den Händen der Beamten zerschossen wurden."

Tatsächlich wurden während des gesam-

ten Blutmai zwei angebliche Dachschützen auf einem Dach in der Kösliner Straße verhaftet, wovon einer eine Waffe bei sich trug, die in einem Polizeibericht folgendermaßen beschrieben wurde: "Wenn auch die Waffe auf größere Entfernung fast unwirksam ist, so ist doch zu bedenken, dass sie in ihrer Knallwirkung geeignet ist. Unruhe in der Bevölkerung zu erregen." Der gerichtliche Sachverständige sprach von einer "Flobert-



Pistole, deren Handhabung für den Schützen am gefährlichsten ist."

Als weitere Begründung wurden die zahlreichen mit wild schießenden Demonstranten besetzten "Barrikaden" angeführt. Tatsächlich handelte es sich hierbei jedoch um Straßensperren zum Schutz der Demonstranten gegen das Treiben der Polizeiwagen.

Die abenteuerlichsten Legenden bildeten sich um die "Barrikade" in der Kösliner Straße.

Die beiden Zeitungen "Tag" und "Nachtausgabe" berichteten hierzu fast identisch: "Hinter der Barrikade nahmen etwa 100 Kommunisten mit Waffen in der Hand Aufstellung. Gleichzeitig wurden fast sämtliche Fenster geöffnet, und in ihnen erschienen ebenfalls, mit Pistolen in der Hand, zerlumpte Gestalten. Auch die Dächer der Häuser waren besetzt, und plötzlich, als eine Polizeistreife in einem offenen Streifenwagen vorüberfuhr, setzte von allen Seiten ein mörderisches Feuer ein Erst nach mehr als einstündigem Kampf, bei dem etwa 2.000 Schüsse gefallen waren, war es den Polizeimannschaften gelungen, die Barrikade zu erreichen."

An keiner "Barrikade" wurde ein einziges Opfer gefunden, die Mehrzahl der Weddinger Getöteten wurden in ihren Wohnungen, Hausfluren oder Höfen erschossen, wie die Berichte aus den amtlichen "Leichensachen" ergeben.

Weder an den Barrikaden, noch auf den Dächern wurde eine Patronenhülse gefunden.

Während des gesamten Blutmai wurden im Wedding insgesamt 3 Schusswaffenträger verhaftet (nach den Unterlagen der zuständigen Staatsanwaltschaft und Gerichtsakten) und die Bilanz der gigantischen Hausdurchsuchungen nach Waffen ergaben 4 brauchbare Handfeuerwaffen.

Während der Bericht des Schutzkommandos von "zahlreichen Waffen aller Art" spricht, ist im StA Merseburg ein Bericht des Polizeipräsidenten einzusehen, wonach "5 Pistolen bzw. Revolver, darunter ein unbrauchbarer" gefunden wurden.

Aus dem Archiv der Polizei ist zu ersehen, dass die Beamten 10.981 Schüsse abgegeben hat, davon 7.885 aus Pistolen und 3.096 aus Karabinern oder Maschinengewehren.

Aus den "Leichensachen" der Polizeiabteilung I A ergibt sich,

- a) dass kein einziges Todesopfer mit irgendwelchen Waffen gefunden worden war.
- b) dass in keinem Fall zu beweisen ist, dass das Todesopfer ein Demonstrant war, Dagegen ist in der weit überwiegenden Mehrheit der Fälle nachgewiesen, dass der Getötete unbeteiligt war.
- c) dass von allen 32 Getöteten nur einer Mitglied einer kommunistischen Organisation war.

Politischen Nutzen aus den Vorgängen konnte die NSDAP ziehen, da sich die Arbeiter sowohl von den Sozialdemokraten als auch den Kommunisten verraten fühlten.

Die nazistische "Arbeiterzeitung" vom 5. Mai trug als Balkenüberschrift über die ganze erste Seite: "Zörgiebel mordet Marx". Gleichzeitig propagierte Goebbels, alle Kommunistenführer hätten ihre Anhänger im Stich gelassen.

So erzielte die NSDAP auch ihren ersten großen Erfolg bei den Landtagswahlen in Sachsen am 12. Mai 1929.

Die "Deutsche Allgemeine Zeitung" schrieb am 17.Mai: "Das starke Anwachsen der Nationalsozialisten ist mindestens zum Teil auf Rechnung der blutigen Vorgänge in Berlin zu setzen." Werner Schulten seite 14 uff 'n wedding

1. Berliner Sozialforum fand in der Rütli - Schule in Neukölln statt:

"Für ein Berlin, in dem wir leben wollen!"

Nach einem jahrelangen Formierungsund Vernetzungsprozess innerhalb der Initiative für ein Berliner Sozialforum fand am 21./ 22. April das 1. Berliner Sozialforum statt. Über das Wochenende nahmen ca. 300 Personen an 3 Podiumsdiskussionen, 30 Workshops und einem Kulturabend am Samstag mit Kabarett und Musik teil. Auch wurde durchgehend für ein ausreichendes Buffett wurde gesorgt.

Die Initiative für ein Berliner Sozialforum gründete sich 2003 im Zuge der Widerstandskampagne gegen Agenda 2010 und gegen die Politik des rot-roten Senats. Sie versteht sich als Teil der globalisierungskritischen Bewegung und ihres weltweiten Netzwerks, und als eine der vielen weltweit existierenden lokalen Bewegungen. Denn nach ihrem Selbstverständnis gehören "lokaler und globaler Widerstand" zusammen. So ist sie in der Tradition des Weltsozialforums WSF seit 2001.

Zeitgleich haben auch in Bochum, Bremen, Freiburg, Heidelberg, Pforzheim, Reutlingen und Saarbrücken lokale Sozialforen stattgefunden, ebenso wie im Pariser Vorort Tvrv. der sich durch einen hohen Migrantenanteil auszeichnet. Am Sonntagmorgen übermittelten 400 Teilnehmer über eine Konferenzschaltung aus Ivry dem Berliner Sozialforum in der Neuköllner Rütli – Schule ihr Grußwort. Mit der Wahl dieses symbolträchtigen Veranstaltungsortes wollte das Berliner Sozialforum ein Zeichen setzen. Es wollte nicht nur an das Ereignis im Vorjahr erinnern. Damals hatte die Lehrerschaft der Rütli -Schule in dem berüchtigten "Brandbrief" an den Schulsenat ihre Kapitulation angesichts der Gewalt und der Unruhe unter den Schülern und gegenüber den LehrerInnen angekündigt. Der öffentliche Blick sollte sich nach Monaten noch einmal auf diesen Ort richten und die finanziellen und sozialen Bedingungen, unter denen die Schüler und ihre Familien leben, deutlicher wahrnehmen. Denn auch wenn es innerhalb der Rütli – Schule nun etwas entspannter zugeht, an der brenzligen Situation im Bezirk Neukölln hat sich insgesamt nichts geändert.

Von den drei zentralen Themen des Forums, die in den Podien aufgegriffen wurden, ging es im ersten Podium um das nächste global wichtige Freignis dem G8



 Gipfel in Heiligendamm Anfang Juni. Prekäre, d.h. unsichere und ausbeuterische Arbeit und Arbeitsbedingungen waren das Thema des zweiten Podiums. Wir erfahren, dass die Arbeit für einen Stundenlohn von 0,5 • pro Stunde in privaten Postbetrieben nach der Privatisierung der Deutschen Post möglich ist.

Das dritte Podium wandte sich den öffentlichen Gütern und ihrer direkten Verknüpfung mit der sozialen Sicherheit zu. Wie wirkt sich der Zugang zu öffentlichen Gütern auf die soziale Sicherheit und auf die Teilhabe am sozialen Leben aus? Wie organisieren Konzerne durch die Privatisie-

rung und die Vermarktung öffentlicher Güter (Wasser, Wohnraum, Energie, Bildung, Gesundheit u.a.) die Kontinuität ihrer Profite? Wir erfahren, dass die immer wieder vorgetragene Begründung für Privatisierung, nämlich: "wir haben kein Geld, die Kassen sind leer!" lächerlich ist, denn gerade durch Privatisierung entstehen noch mehr Löcher in den Staatskassen bzw. in den städtischen und kommunalen Haushalten. Wir erfahren am Beispiel der Dresdner Wohnungsverkäufe 2004 – 2006, wie das geht.

Entsprechend unterstützt das Sozialforum die Aktionen gegen die Privatisierung der öffentlichen Güter Wasser, Geldverkehr und Bildung in Berlin. Im Anlauf sind drei Volksbegehren: das erste Volksbegehren geht gegen die Privatisierung der Wasserbetriebe, mit der Forderung, die Verträge für die Teilprivatisierung offenzulegen. Das zweite Volksbegehren soll gegen die Privatisierung der Sparkassen laufen. Die Privatisierung der Sparkasse kann zwar nicht mehr verhindert werden, da der Verkauf bereits läuft. Nun kommt es dabei "lediglich" auf die Veränderung des Berliner Sparkassengesetzes und Verschärfung der Bedingungen für die Kaufkandidaten an. Sie sollen z.B. dazu verpflichtet werden, die Eröffnung eines "Kontos für jedermann" zu ermöglichen.

Das dritte Volksbegehren läuft gegen die Einführung von Studiengebühren; außerdem sollen alle StudentInnen das Recht haben, nach ihrem Bachelor einen Masterstudiengang anschließen zu können. Dieser ist zur Zeit nur einem Teil der Studentenschaft vorbehalten

Im Juli soll die notwendige Anzahl von Unterschriften gesammelt sein; für jedes Volksbegehren jeweils 20 000 Unterschriften. Ende April soll es mit der Aktion losgehen. Gesammelt wird u.a. auch im Karneval der Kulturen.

Die meisten Teilnehmer kamen aus Neukölln und Friedrichshain – Kreuzberg. Aus unserem Wedding waren in der abschließenden Sitzung tatsächlich nur 1-2 Leute anwesend. Gedanken über eine bezirkliche Verankerung der Sozialforen machten da die Runde. –

"Go local!" hieß es. - Ein Weddinger Sozialforum?

Das zweite Berliner Sozialforum ist für Januar 2008 angedacht. Havva Kökbudak

Beratungen und Informationen im LinksTreff:

Zu Wohnung/Miete sowie Hartz IV

immer am letzten Mittwoch im Monat von 17.00 bis 19.00 Uhr

Mit Rechtsanwalt André Roesener

Fragen und Informationen

zu Hartz IV jeden Donnerstag von 17 00 bis 19 00 Uhr

Sprechstunde der Beratungsstelle für Migrantinnen und Flüchtlinge

des Landesvorstandes der *Linkspartei* jeden Dienstag von 11.00 bis 14.30 Uhr

Informationen zur Basisorganisation

der Weddinger *Linkspartei*Mo. bis Fr. von 16.00 bis 19.00 Uhr

seite 16 uff 'n wedding

Das Quartiersmanagement im Soldiner Kiez zwischen Ehrenamt und Bürokratie

Vom Gangfight zur verkehrsberuhigten Zone

In den 80er und 90er Jahren war die Koloniestraße verrufen. An der Ecke zur Soldiner Straße trieben nämlich die "Kolonie Boys", eine türkische Jugendgang mit dem Hang zur Gewalt, ihr Unwesen. Solche Gangs gab es damals zwar auch in anderen Stadtteilen, aber der Soldiner Kiez geriet dadurch ins Visier der Presse. Seither ist jedes Verbrechen dort eine kleine Meldung wert und der ganze Kiez leidet unter einem schlechten Ruf.

Die "Kolonie Boys" werden zwar noch in dem einen oder anderen Hip-Hop-Song besungen. aber richtige Gangs gibt es im Soldiner Kiez keine mehr, eher lose Cliquen, die natürlich auch gelegentlich - wie junge Leute das so tun – Unfug treiben. Ein Verbrechensschwerpunkt ist der Soldiner Kiez jedoch nicht, wie die Polizei immer wieder betont. Die U-Bahn ist gefährlicher als die Straßen des Soldiner Kiezes. Vielmehr steht es wie überall im Wedding: Es gibt ein paar kleine Dealer, gelegentliche Einbrüche und die üblichen Rangeleien zwischen Jugendlichen. Ab und zu kommt es auch zu einem kleinen Auflauf auf der Straße, wenn ein jugendlicher Autoknacker verhaftet wird.

Statistisch gesehen sind die rund 16 000 Bewohner des Soldiner Kiezes zwischen Drontheimer und Grüntaler Str. sowie zwischen Osloer Str. und Pankow noch ärmer als die übrigen Weddinger. Auch die Arbeitslosigkeit ist etwas höher und dürfte bei annähernd 40 Prozent liegen. Kein Wunder, dass der Kiez 1999 zu einem Gebiet mit "besonderem Entwicklungsbedarf" erklärt wurde und ein Quartiermanagement (QM) bekam, das von der gemeinnützigen L.I.S.T. GmbH betrieben wird. Zunächst hat das QM eine Reihe von Baumaßnahmen auf den Weg ge-

bracht. Zuerst wurde die ehemals berüchtigte und laute Koloniestraße verkehrsberuhigt. Sie ist mittlerweile eine der schöneren Straßen im Viertel. Die Verkehrsberuhigung im Osten des Kiezes hat dagegen nicht alle Bürger überzeugt. Hier gibt es auch Stimmen, dass ein Verkehr beruhigt wurde, der praktisch nicht existiert. Denn dort war es schon vorher verhältnismäßig ruhig. Verschont geblieben ist dagegen die vielbefahrene Prinzenalle, die den Kiez zerschneidet.

Im Laufe der Zeit verschob sich das Schwergewicht auf soziale Proiekte. Der erste große Erfolg des QM war dabei die Kolonie Wedding, die inzwischen seit fünf Jahren besteht. Auf eine Idee des Quartiersmangers Lukas Born überließ die städtische Wohnungsbaugesellschaft DEGEWO Künstlern leere Ladenlokale zum Preis der Betriebskosten. Bedingung: Einmal im Monat mußten sie eine Ausstellung präsentieren. Derzeit zeigt die internationale Künstlergemeinschaft, die sich daraufhin im Kiez gebildet hat, jeden letzten Freitag im Monat ab 20.00 Uhr eigene und häufiger noch fremde Werke. Ein Ereignis, das manchen im Kiez erfreut und ihm auch viel Besuch von außerhalb beschert

Andere Projekte waren weniger spektakulär und beschäftigten sich mit Jugendarbeit und dem Versuch, Kultur in den Kiez zu bringen Besonders bei den Kulturprojekten war aber auch der eine oder andere Blindgänger dabei. Der Versuch, Gewerbetreibende zu fördern, scheiterte anfangs fast vollständig. Hier ist erst langsam Licht am Horizont zu erkennen.

Während die professionellen Träger mit der Struktur des QM ganz gut zurecht kommen, tun sich jene die Geld wollen schwer. Sie müssen Anträge schreiben, lange Vereinbarungen berücksichtigen und schließlich schriftlich abrechnen und berichten. Die Aktiven sind deshalb eher die Gebildeteren im Kiez – Ausnahmen gibt es aber freilich auch und das QM bemüht sich die Ehrenamtlichen zu unterstützen, soweit es kann. Aber es steckt selbst bis zur Hals in Arbeit

mit bürokratischem Kleinkram und manchmal verlieren die Quartiermanger deshalb gegenüber den "begriffsstutzigen Laien" die Geduld, oder zumindest das Feingefühl, das ein Ehrenamtlicher angesichts seiner freiwilligen Tätigkeit für die Allgemeinheit erwartet.



Wenig Verständinis hat man in der größten Ehrenamtsorganisation, dem Soldiner Kiez e.V., der auf Anregung des QM gegründet wurde, auch für die Beschränkung von Projekten auf drei Jahre. Manchmal sei langfristigere Arbeit notwendig, heißt es. Diese Projektbezogenheit ermöglicht der Obrigkeit eine genaure Steuerung der Aktivitäten vor Ort. Die Aktiven im Soldiner Kiez wollen aber nicht gesteuert werden, sondern wünschen sich einen maximalen Freiraum

Einmal versuchte der Soldiner Kiez e.V., auch ein Kulturprojekt zu retten, dessen dreijährige Frist abgelaufen war: Die Medienwerkstatt, in der es vor allem Musik und Theater gegeben hatte. Man wollte selbst die Trägerschaft übernehmen, das Profil etwas ändern und das ganze als Neuantrag

laufen lassen. Das war just die Zeit, als das Bezirksamt und der Senat für Stadtentwicklung beschlossen hatte, einen Quartiersrat wählen zu lassen, der die Projekte beraten sollte, um Empfehlungen für das Bezirksamt auszuarbeiten. Der Qurtiersrat empfahl jedenfalls das Projekt. Obwohl der Bezirk und das QM die Empfehlung nicht ausdrücklich zurückwiesen, unterliefen sie es aber, indem das QM einen anderen Träger suchte und der Bezirk diesem den Zuschlag erteilte. Dieses

Projekt gehört heute zu den schwächeren im Kiez

Die Mittel für das QM und die Projekte stammen aus dem Haushalt der Europäischen Union, dem Bundeshaushalt und dem Haushalt der Stadt Berlin. In der Linkspartei fragen sich manche, ob das "viele Geld" gut angelegt sei? Tatsächlich sind die

Grundprobleme im Kiez Arbeitslosigkeit und Unterbezahlung und dagegen kann das QM nichts ausrichten. Auch bei manchen professionellen Projekten ist die Frage angebracht. Da steckt hinter manchem schönen Bericht nicht viel. Für das bürgerschaftliche Engagement hat das QM trotz aller Schwierigkeiten einen Fortschritt bedeutet, denn Spender für Aktivitäten im Unterschichtsstadtteil gibt es fast gar nicht. Hier ist das QM schon oft in die Bresche gesprungen. Bis dies sich auszahlt, wird es aber eine Weile dauern, Ehrenamtliches Engagement lebt vom langen Atem. eine Kultur der Bürgermitarbeit wächst nur langsam - und kann auch nur gelingen, wenn sie Möglichkeiten der Mitentscheidung beinhaltet

Thomas Kilian

Ein neues Alternativ-Kino im Wedding:

KINO & CAFÉ AM UFER

Uff'n Wedding sprach mit dem Café- und Kinobetreiber Kraft Wetzel.

Uff'n Wedding: Was war deine Motivation für dieses Projekt, ein Kino im Wedding zu eröffnen?

Kraft Wetzel: Die Eröffnung des "KINO AM UFER" in der Uferstraße 12, am Ufer der Panke, verdankt sich zwei ganz unterschiedlichen Impulsen: einem kiez-politischen und einem kultur-politischen.

Es geht uns darum, einen sich im sozialen und wirtschaftlichen Sinkflug befindlichen Stadtteil aufzuwerten: Durch die Einrichtung eines kleinen Kinos mit volksfreundlichen Preisen, das sowohl als Kino als auch als Café ein neuer Treffpunkt für die Nachbarinnen und Nachbarn sein will. Wir selbst, meine Partnerin Usch Schmitz und ich wohnen seit 1999 an dieser Stelle, in diesem Haus, haben die Folgen des sozialen Abstiegs tagtäglich vor Augen und möchten dagegen ein Zeichen setzen, eine kleine Oase für freie Geister schaffen.

Uff'n Wedding: Was sind die Schwerpunkte in Eurem Programm?

Kraft Wetzel: Uns geht es darum, ein Kino mit einem besonderen, unverwechselbaren Programmprofil zu schaffen, damit es Menschen auch aus anderen Stadtteilen Grund und Anlass gibt, zu uns in den Wedding zu kommen. Das "KINO AM UFER" hat sich deshalb auf spirituelle Filme konzentriert, das heißt auf Filme, die Persönlichkeiten aus den unterschiedlichsten religiösen und spirituellen Traditionen, ihre Erfahrungen, Einsichten und Techniken vorstellen. Wir sind dabei offen für alle nur denkbaren Formate und Genres: von der No-Budget-Dokumentation eines Gesprächs über den autobiographischen Essay, wie zum Beispiel "Augenblick" von Doris Dörrie, bis hin zum ausgewachsenen Spielfilm wie zum Beispiel "Vava con Dios" von Zoltan Spirandelli, Zur Zeit zeigen wir Filme über sanfte Rebellen und Rebellinnen des modernen Indiens, im Mai geht's um Singen als spirituelle Pra-

xis, und ab Juni zeigen wir die schönsten Liebesfilme

Uff'n Wedding: Wie könnt ihr dieses ambitionierte Projekt finanzieren und habt ihr konkrete Vorstellungen wie Ihreine Finanzierung auf solide Füße stellen könnt?

Kraft Wetzel: Dazu ist zu sagen, dass wir dringend auf der Suche nach Förderern und Finanziers



sind. Wir haben – zum Teil in Erfüllung behördlicher Auflagen – Investitionen in Höhe von etwa 50 000 • vor uns, die wir aus eigener Kraft nicht bewältigen können: Unser Kino wird zwar gut besucht, aber bei immer noch nur 5 • "Einführungspreis" nehmen wir gerade soviel ein, um die laufenden Kosten und die Verleihmieten zu bezahlen – nicht genug jedenfalls, um aus eigener Kraft investieren zu können

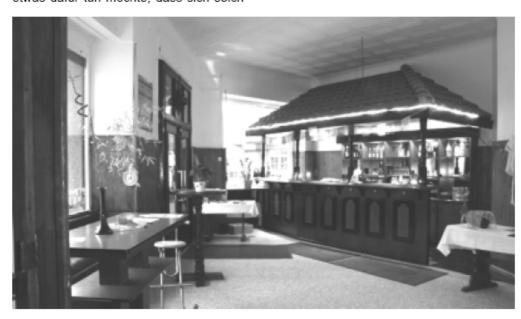
Deshalb erlauben wir uns, um Unterstützung zu bitten. Am schönsten wäre es, wennFörderer uns ein zinsloses Darlehen zur Verfügung stellen könnten. Am zweitschönsten wäre es, wenn sie Fördermitglied im Verein der "Filmfreunde am Ufer" werden würden, der im Juni gegründet werden soll. Als Fördermitglied zahlt man mindestens 50 •/Monat und erhält dafür eine Jahres-Freikarte fürs KINO AM UFER, die übertragbar ist.

Und wer selber klamm ist, aber trotzdem etwas dafür tun möchte, dass sich solch

ein Kino bei uns im Wedding halten kann, dann kann sie/er "einfaches Mitglied" im Verein der "Filmfreunde am Ufer" werden. Dann bezahlt Frau/Mann nur 5 •/Monat und erhält dafür eine Mitgliedskarte, mit der sie/er und ein Gast ihrer Wahl jederzeit für nur 4 • ins Kino können (statt regulär 6 •).

Unser aktuelles Programm ist im Netz unter www.kino-am-ufer.de zu finden. Persönlich sind wir am besten per Tel. 030.453 41 01 (Kraft Wetzel) oder per E-Mail: kraft.wetzel@freenet.de zu erreichen.

Uff'n Wedding: Vielen Dank für das Gespräch. Als Kiezzeitung begrüßen wir Euer Engagement. Wir sind der Meinung, dass unserer Stadtteil davon mehr gebrauchen kann. Wir hoffen, dass wir mit unseren Mitteln dazu beitragen können, zumindest etwas zur Verbreitung eures Projektes zu tun und Interesse bei unseren Lesern zu wekken. Das Gespräch führte Winfried Rietdorf



seite 20 uff 'n wedding



No G8 – Busfahrt zum G8-Protest

Die Berliner Linkspartei organisiert Busse, um gemeinsam an der Großdemo am 2. Juni 2007 in Rostock teilzunehmen. Dazu bitten wir um Eure/Ihre Anmeldung.

Karl-Liebknecht-Haus,

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

fon: (030) 24 00 93 01 fax: (030) 24 00 92 60

e-mail: no-g8@linkspartei-berlin.de



Vorankündigung: Po Bedingungsloses G am 21. Juni 2007 19 00 Uhr

Haus der Jugend Reinickendorfer Stra



Impressum:

uff'n wedding, als Informationsblatt, wird herausgegeben von der Basisorganisation Wedding, der Linkspartei.PDS.

Namentlich gezeichnete

Beiträge liegen ausschließlich in der Verantwortung der AutorInnen.

V.i.S.d.P.: W. Rietdorf, co. Prinz-Eugen-Str. 11,

13347 Berlin, Tel. 465 07 109

email:pds@linkstreff.de web:www.linkstreff.de

Für die Veröffentlichung von Leserbriefen behält sich die Redaktion das Recht von Kürzungen vor.